

Aktionsplan Inklusion

Anlässlich des Europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 5. Mai hatte Bodo Ramelow erklärt: „Fünf Jahre nach der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention durch die Bundesrepublik Deutschland werden Menschen mit Behinderung leider noch immer ausgegrenzt, ihre Bedürfnisse als Randerscheinungen behandelt und ihre Verbände und Vereine hingerhalten. Die von der Koalition versprochenen Fortschritte sind weitgehend ausgeblieben.“

Der Fraktionsvorsitzende verwies auf die zwar im Koalitionsvertrag angekündigte, aber fünf Jahre später nicht realisierte Novelle des Thüringer Behindertengleichstellungsgesetzes.

„Das Gesetz wartet weiterhin auf eine ernsthafte und dringend notwendige Überarbeitung, die vor allem den inklusiven Gedanken der Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen stärkt. Hier ist das Thüringer Sozialministerium keinen Schritt vorangekommen. Beim Blindengeld hält Thüringen noch immer die rote Laterne, von der Schaffung eines inklusiven Arbeitsmarktes sind wir weit entfernt und bei der inklusiven Beschulung wirkt die Landesregierung schlicht hilflos. In all diesen Bereichen gab es in den vergangenen Jahren wiederholte Vorstöße meiner Fraktion, die jedoch zum Nachteil der Betroffenen weggebügelt wurden.“

Aus Sicht des LINKE-Politikers ist es dringend erforderlich, entschiedene Schritte zu gehen: „Thüringen muss den Aktionsplan Inklusion umsetzen und ihn zusammen mit allen Beteiligten

ten und vor allem den Betroffenen selbst weiterentwickeln und fortlaufend evaluieren. Wir brauchen auch das Budget für Arbeit, um Menschen mit Behinderungen eine dauerhafte Brücke in den Arbeitsmarkt zu bauen. Dafür sind die notwendigen finanziellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Gleichberechtigte gesellschaftli-



Erst zu Jahresbeginn hatte die LINKE in ihrer Fraktions-Galerie die Ausstellung mit Cartoons von Phil Hubbe „Mit Behinderungen ist zu rechnen“ gezeigt.

che Teilhabe muss für alle Menschen gewährleistet werden.“

Seine volle Unterstützung für die Demonstration in Berlin am 5. Mai unter dem Motto „Ohne Bundesteilhabegesetz keine Inklusion“ hatte Maik Nothnagel, inklusionspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, erklärt. Die Reaktionen Thüringer Bundestagsabgeordneter im Rahmen einer Postkartenaktion zum Teilhabegesetz hätten gezeigt, dass der Wille für ein Bundesteilhabegesetz

in der Koalition sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. „Für CDU-Abgeordnete scheint ein solches Gesetz nicht vor Ende der laufenden Legislatur spruchreif zu sein, auch wenn es im Koalitionsvertrag verankert ist“, kritisierte Maik Nothnagel. Die berechtigte Forderung der Menschen mit Behinderung nicht nur am Europäischen Protesttag laute deshalb, ein Bundesteilhabegesetz jetzt zu verabschieden, nicht irgendwann, und bedarfsgerecht, einkommens- und vermögensunabhängig und nicht irgendwie.

Umfassende Teilhabe am Leben

„Ein weiteres Hinausschieben bedeutet, Behinderung macht weiter arm. Behinderung ist bekanntlich ein großes Armutsrisiko. Ist man in Folge einer Behinderung auf Assistenzleistungen angewiesen, ist die Armut für viele Menschen in der Regel vorprogrammiert. Ein Leben lang. Auch Lebenspartner und nahe Angehörige sind mitbetroffen. Selbstbestimmtes Leben und umfassende Teilhabe am Leben in der Gesellschaft sind aber mit einem ‚Existenzminimum‘ plus ‚Schonvermögen‘ nicht möglich. Deshalb ist ein bedarfsgerechtes sowie einkommens- und vermögensunabhängiges Bundesteilhabeleistungsgesetz dringend notwendig. Nur so können wir in Deutschland die Menschenrechte für Menschen mit Behinderungen, wie sie in der UN-Behindertenrechtskonvention festgeschrieben sind, verwirklichen“, so Maik Nothnagel.

Auch die Thüringer Landesregierung müsse endlich die Umsetzung der UN-Konvention in Angriff nehmen. Bis heute gibt es in Thüringen kein Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen, welches den Anforderungen der UN-Konvention gerecht wird. Bisher blieb es leider nur bei Ankündigungen und Beruhigungen.

Es ist Zeit, dass sich die Thüringer Landesregierung ihrer Verantwortung für Menschen mit Behinderungen endlich bewusst wird. Das gilt auch für den Thüringer Maßnahmeplan zur Umsetzung der UN-Konvention. Zwei Jahre nach seiner Verabschiedung sollten seine Wirkung analysiert und die 285 Einzelmaßnahmen überprüft bzw. überarbeitet werden.

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Merkel beim Gemüse

Es kursierten sehr unterschiedliche Meldungen bei Twitter, den USA-Besuch Angela Merkels betreffend. Peter Baker, Chefkorrespondent der New York Times im Weißen Haus, zitierte beim Kurznachrichtendienst nonchalant US-Präsident Obama. Der habe, vis-à-vis der Kanzlerin, geäußert: „wir sind noch nicht perfekt ausgerichtet“ hinsichtlich dieser ganzen Geheimdienstlinge, teilen aber ähnliche Werte. Was für ein lustiger Kerl, der Obama! „Nicht perfekt ausgerichtet“ – aber was will er angesichts der weltweit flächendeckenden Spitzeleien seiner NSA auch sagen, außer solchen Scherzchen? Unter „ähnlich“ kann sich ohnehin jeder und jede vorstellen, was er oder sie möchte...

ARD-Korrespondent Ingo Zamperoni zeigte sich dagegen demütig-verständnisvoller und meinte, folgenden Obama-Satz twittern zu müssen: „Deutsche sind nicht Zielscheibe unserer Geheimdienste, aber Anti-Terror-Kampf verlangt auch bestimmte Möglichkeiten.“ Der erste Teil entbehrt zwar jeglicher Logik, es sei denn, Freund Zamperoni hat das letzte Jahr ganz, ganz weit weg verbracht, und mit dem zweiten lässt sich wirklich jede Schweinerei begründen. Bleibt die Erkenntnis, dass man sich bei der ARD offenbar schon lange nicht mehr um den eigenen Ruf schert. Apropos Ruf. Seinem und dem seiner Chefin vollauf gerecht wurde erneut Regierungssprecher Steffen Seibert. Bekannt ist (selbst Merkel!), dass ihr eigenes Handy von der NSA abgehört worden war. Im Oktober 2013 hat man ihr Einblicke in ihre NSA-Akte verweigert. Oder wie Seibert jetzt schrieb: „Washington: Präsident Obama zeigt Kanzlerin #Merkel am Rande der Gespräche den Gemüsegarten des Weißen Hauses.“ Besser hätte man die beiderseitigen Schwerpunktsetzungen bei diesem Besuch wohl nicht zusammenfassen können.

Durchsichtiger Rechentrick

Der haushaltspolitische Sprecher der LINKEN im Thüringer Landtag, Mike Huster, kritisierte die Äußerung des Thüringer Finanzministers, Dr. Wolfgang Voß (CDU), zur Schulsanierung als „durchsichtigen Rechentrick“. Voß hatte am 5. Mai angekündigt, ab komendem Jahr zusätzlich 25 Millionen Euro für die Sanierung der Schulen in Thüringen zur Verfügung zu stellen. „Erst Geld wegnehmen und dann kurz vor Wahlen wieder etwas dazugeben, das konnte die CDU schon immer“, kommentierte dies der LINKE-Politiker.

Die Landesregierung hatte mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 die Investitionspauschale für Schulgebäude erst von 22,2 Millionen auf 15 Millionen Euro gekürzt. DIE LINKE hatte dies bereits bei der Haushaltsaufstellung kritisiert und vorgeschlagen, zusätzliche 15 Millionen Euro jährlich in die Sanierung von Schulen und Schulsporthallen zu investieren. Als Deckung wurden damals die zu hoch veranschlagten Zinsausgaben vorgeschlagen. „Wenn Dr. Voß nun meint, dass für Schulinvestitionen mehr Geld benötigt wird und man die ersparten Zinsen einsetzen könne, kann das nur mit bevorstehenden Wahlen zu tun haben. Oder

anders gesagt: LINKS wirkt!“, so Mike Huster. Für DIE LINKE stelle sich im Übrigen die Frage, wieso die von Dr. Voß angekündigten „insgesamt 25 Millionen“ erst ab 2015, also nach der Landtagswahl, eingeplant werden sollen. Der Abgeordnete erinnerte daran, dass seine Fraktion im Zusammenhang mit dem Jahresüberschuss 2013 erneut umfassende Vorschläge unterbreitet hat. „Wir schlagen vor, die rund 50 Millionen Euro, die der Finanzminister zur außerplanmäßigen Tilgung eines Sondervermögens einsetzen will, stattdessen gesetzlich für ein Programm zur Sanierung von Schulen, Schulsporthallen und Kultureinrichtungen zu sichern. Und das geht noch vor der Landtagswahl.“

Die Linksfraktion fordert auch ein klares Signal von der Landesregierung, im Zuge der Schulsanierung für Barrierefreiheit zu sorgen. „Diese wird allzu oft aus dem Blick verloren“, kritisiert der Sprecher für Inklusion, Maik Nothnagel. „Wenn auch Barrierefreiheit nicht die einzige Voraussetzung für ein inklusives Bildungswesen ist, so ist sie doch eine wesentliche, die insbesondere bei der Schulsanierung größere Beachtung finden muss.“

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.